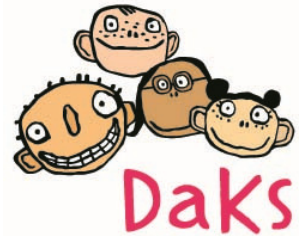


Berlin braucht neue Initiative(n)

Anregungen des Dachverbands Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS)



Berlin ist auch die Hauptstadt der Elterninitiativen.

- Die etwa 600 von Eltern und PädagogInnen selbstverwalteten Initiativen im Berliner Bildungsbereich (Kinderläden, Schülerläden und freien Alternativschulen) stellen über 15.000 Plätze zur Verfügung. Dem DaKS sind etwa 530 dieser Initiativen angeschlossen.
- Selbstverwaltete Initiativen folgen dem Grundsatz: gemeinsame Werte, überschaubare Struktur und viel Mitbestimmung erzeugen hohe Identifikation mit der Einrichtung und großes ehrenamtliches Engagement. Die dadurch freiwerdenden Ressourcen besonders im technischen und organisatorischen Bereich werden in eine bessere pädagogische Ausstattung gesteckt – Initiativen sind Jobmotoren.
- Elterninitiativen sind keine Lückenfüller, sondern ein seit vielen Jahrzehnten stabiler und kontinuierlich wachsender Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft, der sich auch in Konkurrenzsituationen gut behauptet hat.
- Es besteht bei Eltern und PädagogInnen eine große Bereitschaft zur Gründung neuer Initiativen. Alle zwei Wochen beraten wir etwa 5 Initiativen zur Kinderladenneugründung, regelmäßig beantworten wir Fragen zu Schulgründungen.

Elterninitiativen im Kita-, Schul- und Hortbereich sind Garanten für Vielfalt.

- Unsere Initiativen sind der Ort für die unmittelbare Ausübung des gesetzlich geforderten Wunsch- und Wahlrechts der Eltern. Hier entscheiden diese kompetent und selbstbewusst, welches Konzept für ihr Kind das geeignete ist und nehmen dafür auch Belastungen in Kauf.
- Nirgendwo sonst wird so frei und flexibel nach neuen Konzepten und Methoden und nah an den Bedürfnissen der Betroffenen gearbeitet, wie in Elterninitiativen. Schon immer waren sie die Teststrecke für Neues und gaben Anstoß für Bildungsdebatten. Engagierte PädagogInnen finden in den selbstverwalteten Initiativen ein geeignetes Umfeld für eigenverantwortliches Arbeiten.
- Elterninitiativen sind Vorreiter bei der Einbeziehung männlicher Fachkräfte und für den Quereinstieg in den Erzieherberuf.
- Eine enge Erziehungspartnerschaft von Eltern und PädagogInnen ist in unseren Initiativen von Beginn an strukturell verankert. Kinderläden, Schülerläden und Alternativschulen sind immer auch familiäre Zentren.
- Kinder- und Schülerläden sorgen durch ihre tägliche Präsenz im Stadtbild dafür, dass das Leben mit Kindern zur großstädtischen Normalität gehört.

Persönliches Engagement braucht Beachtung, Respekt und Unterstützung.

- Die Qualität von Betreuung und Bildung der Kinder in unseren Initiativen sollen denen in anderen Trägerformen in nichts nachstehen. Selbstverwaltete Initiativen unterliegen deshalb denselben Vorschriften und Standards wie große, von professionellen Trägerstrukturen organisierte Bildungseinrichtungen. Das ist prinzipiell richtig und wird vom DaKS durch Mitarbeit in diversen Fachgremien mitgetragen. Allerdings fordern wir ein stärkeres Eingehen auf die Besonderheiten kleiner und ehrenamtlich geführter Initiativen. Eine vermeintliche Gleichbehandlung aller Trägerformen ist in der Praxis häufig ungerecht.
- Beispielhaft ist die Unterstützungsleistung durch die Geschäftsstelle der Senatsverwaltung für das Investitionsprogramm U3. Hier hat man verstanden, dass ehrenamtlich tätige Elternvorstände eine andere Form von Unterstützung und Entgegenkommen brauchen, als beispielsweise ein hauptamtlicher Geschäftsführer. Eine solche Differenzierung im Umgang und in der Zusammenarbeit wünschen und fordern wir auch von den anderen Fachämtern. Diese müssen dazu in die Lage versetzt werden.

Elterninitiativen können schnell auf Mangelsituationen reagieren.

- Elterninitiativen sind eine wichtige Flexibilitätsreserve für den schnell wachsenden Platzbedarf im Kitabereich. Keine andere Trägerform schafft neue Plätze so schnell und kostengünstig.
- Wir gehen davon aus, dass bei der Neugründung eines Kinderladens 6-12 Monate Vorlaufzeit und eine Startinvestition von etwa 1.500 € pro neugeschaffenem Platz notwendig sind. Dies ist weit weniger, als von professionell geführten Trägern dafür eingeplant wird.
- Schon in den 80er Jahren hat die (West)Berliner Politik auf einen Kitaplatzmangel erfolgreich u.a. mit Hilfe der Förderung von Elterninitiativen reagiert. Dies ist wiederholbar.

Was kann die Politik zur Unterstützung der Initiativen tun?

- **Wiederbelebung der sogenannten „Starthilfe“** gemäß §21 KitaFöG. Notwendig ist unserer Ansicht nach ein Zuschuss von 500 € und nach dem Auslaufen des Investitionsprogramms U3 1.000 € pro neu geschaffenen Platz.
- **Mietzuschuss für Initiativen mit hohen Gewerbemieten.** Die in den Kostensätzen vorgesehenen Raumkosten liegen weit unter dem mittlerweile üblichen Berliner Gewerbemietniveau. Der sich aktuell wieder verschärfende Preisdruck bei den Mieten stellt ein gewichtiges Gründungshindernis für neue Kinderläden dar.
- Ein besonderer Bedarf besteht für die Unterstützung von Elterninitiativen im Schul- und Hortbereich. Wir fordern hier einen **Bestandsschutz für die noch existierenden Schülerläden und die Möglichkeit, neue Elterninitiativen im Hortbereich zu gründen**, wobei diesen mindestens die im staatlichen Hort anfallenden Personalkosten erstattet werden sollen sowie die **Abschaffung oder aber mindestens spürbare Reduktion der Wartezeit für von Elterninitiativen getragene Schulgründungen.**
- **Bessere Personalausstattung der zentralen Kitaaufsicht**, damit diese in der Lage ist, ehrenamtlich geführte Neugründungen konkret, positiv und intensiv zu begleiten.
- **Überprüfung der Vorschriftendichte.** Die zunehmende Fülle von im Einzelnen zumeist gutgemeinten Vorschriften überfordert (nicht nur) ehrenamtliche Vorstände. Abrechnungs- und Evaluationsverfahren müssen auf die Spezifika ehrenamtlich geführter Initiativen positiv eingehen.


Wo Elterninitiative drauf steht, soll auch Elterninitiative drin sein.

- Nachhaltig stabile Selbstverwaltungsstrukturen erfordern das partnerschaftliche Zusammenwirken von Eltern und PädagogInnen. Eine verbesserte Förderung von Neugründungen sollte deshalb nicht voraussetzungslos geschehen. Grundlage einer besonderen Unterstützung sollten die in der satzungsmäßigen Struktur verankerte und in der Zusammensetzung der Gründungsgruppe erkennbare Kooperation der Beteiligten sowie die in der Gemeinnützigkeit bekundete Selbstverpflichtung hinsichtlich der Mittelverwendung sein.

Wir lassen die Politik nicht allein.

- Selbstverwaltete Initiativen wollen gerade nicht, dass der Staat alles für sie regelt. Berlin kann also auf die in seinen BürgerInnen schlummernden Ressourcen zählen – man muss sie nur lassen.
- Der DaKS ist gerne bereit, eine Offensive des Landes Berlin durch eine unabhängige Beratung für neugegründete Elterninitiativen zu unterstützen. Wir bieten dafür regelmäßig stattfindende und kostenlose Neugründerseminare, Informationsmaterialien und laufende Beratung an.

Berlin, 13.10.11



Babette Sperle und Roland Kern
(Mitgliedervertretung des DaKS)